



Das transatlantische Verhältnis steht vor einer Zäsur

Das transatlantische Verhältnis steht vor einer Zäsur
"Alles spricht dafür, dass der amerikanische Nachrichtendienst NSA nicht nur die Kommunikation von Millionen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern ausgespäht, sondern sogar das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin abgehört hat. Schon lange war klar, dass auch amerikanische Geheimdienste demokratische Grundrechte mit Füßen treten. Es ist bitter, dass die Kanzlerin geschwiegen und beschwichtigt hat, als täglich neue Details über die Bespitzelung deutscher Bürgerinnen und Bürger bekannt wurden".
Es ist beschämend, dass Angela Merkel die Debatte für beendet erklären ließ, obwohl der massenhafte Bruch der Freiheitsrechte offensichtlich war. Und es ist empörend, dass dieses Land eine Kanzlerin hat, die erst dann empört ist, wenn ihr eigenes Handy abgehört wird.
Wir erleben nicht weniger als eine Zäsur im transatlantischen Verhältnis, in der sich viele Entwicklungen bündeln. Die USA haben das Prinzip der multilateralen Partnerschaft durch unilaterale Selbstgerechtigkeit ersetzt. Die NATO hat sich als Bündnis aufgestellt, das Wirtschaftskriege führt. Der Gedanke der friedlichen Konfliktlösung durch Dialog, Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte und allseitigen Gewaltverzichts wird zunehmend durch den Einsatz von Gewalt nach Bedarf ersetzt. Das Völkerrecht wird so oft gebrochen, bis es faktisch durch das Recht der Stärkeren ersetzt wird. Wer so handelt, darf sich nicht wundern, dass der Planet von immer neuen Kriegen erschüttert wird, dass immer öfter Misstrauen zwischen den Menschen und ihren Ländern regiert, wo Vertrauen nötig wäre. Nicht erst seit gestern steht die Zukunft und die Berechtigung der derzeitigen nordatlantischen Sicherheitsarchitektur in Frage.
Nach diesem Skandal gibt es kein Zurück zur früheren Normalität europäisch-amerikanischer Beziehungen mehr. Die USA benimmt sich noch immer wie ein Weltgendar. Diese Weltmacht-Allüren müssen die USA überwinden. Ein Neuanfang ist nötig, eine Neubesinnung zwingend, eine breite öffentliche Debatte unumgänglich.
Der neu gewählte Bundestag muss zu einer Sondersitzung zusammen kommen und in größtmöglicher Geschlossenheit unmissverständlich klarstellen, dass die Spitzelei gegen die Bürgerinnen und Bürger nicht geduldet wird, sei es nun die Kanzlerin oder irgendwer sonst. Die Kanzlerin schuldet dem Parlament und der Öffentlichkeit eine Erklärung und eine Vorstellung davon, wie die Perspektive der transatlantischen Partnerschaft für Frieden, Demokratie, wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich aussehen soll. Jetzt ist der Moment, an dem Angela Merkel Farbe bekennen muss.
Kontakt: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 24009 543 oder -4
Telefax: 030 24009 220
Mail: bundesgeschaefsstelle@die-linke.de
URL: <http://die-linke.de>

Pressekontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaefsstelle@die-linke.de

Firmenkontakt

DIE LINKE

10178 Berlin

die-linke.de
bundesgeschaefsstelle@die-linke.de

Die Partei DIE LINKE vereinigt seit Mitte 2007 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland, Menschen mit DDR-Biografien und Menschen mit BRD-Biografien. Sie weiß, dass sie die seltene historische Gelegenheit hat, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke aufzubauen.